

Anwaltshaftungsrecht

Vollkommer / Greger / Heinemann

5. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-72067-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 50


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Anwaltshaftungsrecht

Begründet von

Prof. Dr. Max Vollkommer

em. o. Professor an der Universität
Erlangen-Nürnberg

Bearbeitet von

Prof. Dr. Reinhard Greger

Richter am Bundesgerichtshof a. D.
o. Professor i. R. an der Universität Erlangen-Nürnberg

und

Dr. Jörn Heinemann LL. M.

Notar in Neumarkt i. d. OPf.
Lehrbeauftragter an der Universität Erlangen-Nürnberg und
an der Technischen Hochschule Nürnberg

5. Auflage 2021



Zitierweise: Vollkommer/Greger/Heinemann AnwaltshaftungsR/*Bearbeiter* § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72067 3

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Umschlaggestaltung:
Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

The first thing we do, let's kill all the lawyers.
William Shakespeare, 2 Henry VI, IV. ii. 78

Rechtskenntnis und -anwendung sind vornehmlich Aufgabe der Gerichte. Fehler der Richter sind – soweit möglich – im Instanzenzug zu korrigieren. Soweit dies aus Gründen des Prozessrechts ausscheidet, greift grundsätzlich nicht im Sinne eines Auffangtatbestands die Anwaltshaftung ein. Kein Rechtsanwalt könnte einem Mandanten mehr zur Anrufung der Gerichte raten, wenn er deren Fehler zu verantworten hätte ... Die Gerichte sind verfassungsrechtlich nicht legitimiert, den Rechtsanwälten auf dem Umweg über den Haftungsprozess auch die Verantwortung für die richtige Rechtsanwendung zu überbürden.

BVerfG (2. Kammer des Ersten Senats) vom 12.8.2002 – 1 BvR 399/02

No attorney is bound to know all the law, God forbid that it should be imagined that an attorney, or a counsel, or even a Judge is bound to know all the law, or that an attorney is to lose his fair recompense on account of an error, being such an error as a cautious man might fall into.

Montrion v. Jefferys (1825) 2 Car. and P. 113, 116

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur fünften Auflage

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe ist das Recht der Anwaltshaftung durch eine Vielzahl höchstrichterlicher Entscheidungen weiter ausdifferenziert worden. Die Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten, insbesondere durch Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs, hat neue Haftungsrisiken hervorgerufen. Völlig neue Fragestellungen ergeben sich aus dem zunehmenden Einsatz von automatisierten Rechtsdienstleistungen (sog. Legal Tech). Das Recht der Syndikusanwälte wurde gesetzlich neu geregelt. Die gemeinsame Berufsausübung von Rechtsanwälten erlangt, vom Gesetzgeber gefördert durch Gesellschaftsformen mit beschränkter Berufshaftung und die Zulassung interprofessioneller Kooperationen, immer größere Bedeutung, wobei sich für die Übernahme von ausländischen Modellen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU neue Aspekte ergeben. Der in sinkenden Prozesszahlen zum Ausdruck kommende, durch zunehmende Prozessdauern geförderte Trend zur außergerichtlichen Konfliktlösung stellt neue Herausforderungen an die Anwaltschaft. Dabei leistet die von der BRAK getragene Schlichtungsstelle gute Dienste, während es für den als Mediator tätigen Rechtsanwalt Haftungsgefahren zu beachten gilt. Zunehmende Bedeutung hat in den letzten Jahren auch der Rückgriff von Rechtsschutzversicherern gegen Anwälte erlangt.

All diese Entwicklungen haben in der Neuauflage des vorliegenden Handbuchs Niederschlag gefunden. Die Kapitel über den Haftpflichtprozess, das Schlichtungsverfahren und die Berufshaftpflichtversicherung wurden stark erweitert, dem Haftpflicht-ABC mehrere neue Stichwörter hinzugefügt. Literatur und Rechtsprechung wurden bis August 2020 eingearbeitet.

Erlangen und Neumarkt i. d. OPf., im August 2020

*Reinhard Greger
Jörn Heinemann*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage (1989)

(...)

Die Rechtsprechung zur Anwaltshaftung ist seit Jahrzehnten Gegenstand heftiger Kritik, nicht nur aus den Reihen der Anwaltschaft, sondern auch von Richtern. Hier sollen stellvertretend nur zwei Namen genannt werden: Rechtsanwalt Dr. *Fritz Ostler* und Senatspräsident Dr. *Friedrich Scheffler*. Der Grundtenor der Kritik geht dahin, dass die Rechtsprechung durch eine zT extreme Überspannung der Anwaltpflichten bei der Anwaltshaftung den Boden des Verschuldensprinzips verlassen hat und in Wahrheit eine verschuldensunabhängige Garantie- oder Erfolgshaftung praktiziert. Eine solche Entwicklung wäre bedenklich. Der Prozess ist ein risikoträchtiges Unternehmen. Träger des Prozessrisikos sind die Parteien, die den Rechtsschutz in Anspruch nehmen und denen gegenüber er in Anspruch genommen wird. Ein Schutz der Partei vor dem Prozessrisiko durch eine Ausweitung der Haftpflicht ihres anwaltlichen Vertreters – und damit letztlich die Verlagerung des Prozessrisikos auf den Anwalt – erscheint als der falsche Weg; richtigerweise muss es darum gehen, durch eine sachgemäße Bestimmung der prozessualen Sorgfalt und der Anforderungen an das prozessuale Handeln das Prozessrisiko infolge von Form- und Fristversehen möglichst zu beschränken. Vor dem Regress steht die sachadäquate Handhabung der prozessualen Form- und Fristordnung: Das gute Recht soll sich möglichst schon im Prozess durchsetzen und nicht erst im Regress!

Die vorgelegte Schrift versteht sich als eine Bestandsaufnahme der Rechtsgrundlagen der Anwaltshaftung. Entsprechend der Zielsetzung dieser Reihe muss die Hauptaufgabe darin bestehen, den sich aus der herrschenden Rechtsprechung und der anerkannten Lehre ergebenden Rechtszustand zuverlässig zu erfassen, ihn in einem überschaubaren Umfang systematisch geordnet darzustellen und insbes. bei Streitfragen über den jeweiligen Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur möglichst genau zu unterrichten. Zu den zahlreichen Zweifelsfragen bei der Anwaltshaftung, aber auch zu den Grundlagen will die Schrift eine fundierte Antwort geben.

(...)

Erlangen, im Mai 1989

Max Vollkommer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

§§ 1–15	Jörn Heinemann
§§ 16–20	Reinhard Greger
§§ 21–23	Jörn Heinemann
§§ 24–27	Reinhard Greger
§ 28	Reinhard Greger/Jörn Heinemann
Sachverzeichnis	Reinhard Greger


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur fünften Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage (1989)	IX
Bearbeiterverzeichnis	XI
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXI
 1. Teil. Rechtsgrundlagen anwaltlicher Haftung	
§ 1 Vertragliche Haftung des Rechtsanwalts	1
§ 2 Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten	12
§ 3 Zustandekommen des Anwaltsvertrags	25
§ 4 Parteien des Anwaltsvertrags	42
§ 5 Beteiligung Dritter	64
§ 6 Beendigung des Mandatsverhältnisses	82
§ 7 Vertragsähnliche und außervertragliche Haftung des Rechtsanwalts (ohne Delikt)	92
§ 8 Deliktische Haftung des Rechtsanwalts	96
 2. Teil. Anwaltspflichten	
§ 9 Allgemeines	111
§ 10 Aufklärung, Ermittlung und Sicherung des Sachverhalts	114
§ 11 Prüfung der Rechtslage	128
§ 12 Beratung und Belehrung des Mandanten	153
§ 13 Grundsatz des sichersten Weges	181
§ 14 Pflicht zur Mandatsbearbeitung und Weisungsgebundenheit des Rechtsanwalts	194
§ 15 Sonstige Pflichten	202
 3. Teil. Weitere Haftungsvoraussetzungen	
§ 16 Rechtswidrigkeit	213
§ 17 Verschulden	214
§ 18 Eigenverschulden und zurechenbares Fremdverschulden	225
§ 19 Kausalität und Zurechnung	234
§ 20 Schaden	252
 4. Teil. Haftungsschranken	
§ 21 Allgemeines	275
§ 22 Gesellschaftsvertragliche Haftungsbegrenzung	277
§ 23 Rechtsgeschäftliche Haftungsbegrenzung	290
§ 24 Verjährung von Ersatzansprüchen	308
 5. Teil. Beweisfragen	
§ 25 Beweislast und Beweiserleichterungen	315
 6. Teil. Rechtsverfolgung, Versicherung	
§ 26 Schadensregulierung, Schlichtung, Klage	329
§ 27 Berufshaftpflichtversicherung	336
 7. Teil. Typische Haftpflichtfälle	
§ 28 ABC typischer Haftpflichtfälle	347
Sachverzeichnis	405



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Rechtsgrundlagen anwaltlicher Haftung	1
§ 1 Vertragliche Haftung des Rechtsanwalts	1
I. Der Anwaltsvertrag als Haftungsgrundlage	1
II. Rechtsnatur des Anwaltsvertrags	2
1. Dienstvertrag mit Geschäftsbesorgungscharakter	2
2. Abgrenzung zum Werkvertrag	3
3. Abgrenzung zum Garantievertrag	3
III. Inhalt, Ausgestaltung und Umfang des Anwaltsvertrags	4
1. Individualvereinbarungen	4
2. Allgemeine Geschäftsbedingungen als Vertragsbestandteil (§§ 305 ff. BGB)	6
3. Gesetzliche Vorgaben (BGB, BRAO, RVG)	9
4. Berufsrecht (BORA, FAO, CCBE)	10
5. Europarecht	11
§ 2 Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten	12
I. Allgemeines	12
II. Gefälligkeit	12
III. Gleichartige Tätigkeit als Steuerberater, Patentanwalt oder Wirtschaftsprüfer	13
IV. Ausübung amtlicher oder amtsähnlicher Tätigkeiten	14
1. Amtstätigkeit als Notar	14
2. Tätigkeit als anerkannte Gütestelle	15
3. Tätigkeit als Mediator/Schlichter	16
4. Tätigkeit als Vormund, Pfleger oder Betreuer	17
5. Tätigkeit als Testamentsvollstrecker oder Nachlassverwalter	18
6. Tätigkeit als Insolvenzverwalter, Sachwalter, Treuhänder, Sanierungsbescheiniger oder Zwangsverwalter	19
V. Berufsuntypische und berufsfremde Tätigkeiten	22
1. Tätigkeit als Makler	22
2. Tätigkeit als Treuhänder/Vermögensverwalter	22
3. Tätigkeit als Anlage- oder Unternehmensberater	23
4. Tätigkeit als Buchprüfer	23
5. Tätigkeit als Aufsichtsrat oder Ausschussmitglied	24
§ 3 Zustandekommen des Anwaltsvertrags	25
I. Vertragsschluss	25
1. Allgemeines	25
2. Vertragsschluss durch Hilfskräfte und mittels Fernkommunikationsmittel	27
3. Anwaltsvertrag als Verbrauchervertrag und unter Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	29
4. Außerhalb der Geschäftsräume abgeschlossener Anwaltsvertrag	30
5. Anwaltsvertrag als Fernabsatzvertrag	30
6. Anwaltsvertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	32
7. Weitere Informationspflichten	33
8. Anwaltsvertrag und Auskunft	33
II. Einschränkung der Vertragsfreiheit	34
1. Grundsatz der Abschlussfreiheit	34
2. Verbot der Mandatsannahme	35
3. Offenlegungspflichten bei potentiellen Interessenkonflikten	37
4. Kontrahierungszwang	37
III. Vertragsschluss mit dem beigeordneten Rechtsanwalt	38
1. Beiordnung im Prozesskostenhilfverfahren	38
2. Beiordnung als Notanwalt	40

3. Beiordnung in einer Scheidungssache	40
4. Bestellung eines Pflichtverteidigers	41
5. Gewährung von Beratungshilfe durch Rechtsanwälte	41
§ 4 Parteien des Anwaltsvertrags	42
I. Mandant	42
II. Einzelanwalt	43
III. Bürogemeinschaft	44
IV. Sozietät (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)	45
1. Wesen und Rechtsnatur	45
2. Akzessorische und gesamtschuldnerische Haftung der Sozien	46
3. Haftung neu eintretender Gesellschafter, § 130 HGB analog	47
4. Keine Haftung des neu eintretenden Rechtsanwalts, § 28 HGB analog	48
5. Nachhaftung ausscheidender Gesellschafter, § 160 HGB analog	48
6. Stellungnahme	49
7. Ausnahme: Einzelmandat	50
8. Gemischte Sozietät	53
V. Scheinsozietät	54
VI. Partnerschaftsgesellschaft	56
VII. Anwalts-GmbH	58
VIII. Anwalts-AG	59
IX. Weitere Gesellschaftsformen	60
1. Nationale Gesellschaftsformen	61
2. Europarechtliche Gesellschaftsformen	61
3. Ausländische Gesellschaftsformen	62
X. Pflichtenverteilung und Innenausgleich bei gemeinschaftlicher Berufsausübung	62
1. Pflichtenverteilung innerhalb einer Gesellschaft	62
2. Innenausgleich innerhalb einer Gesellschaft	62
§ 5 Beteiligung Dritter	64
I. Allgemeines	64
II. Auskunftsvertrag mit Dritten	65
III. Anwaltsverträge zugunsten Dritter	66
IV. Anwaltsverträge mit Schutzwirkung für Dritte	68
1. Allgemeines	68
2. Voraussetzungen	70
3. Beispiele für Anwaltsverträge mit Schutzwirkung für Dritte	72
4. Beispiele für Anwaltsverträge ohne Schutzwirkung für Dritte	74
V. Treuhandverhältnisse	75
1. Allgemeines	75
2. Rechtsanwalt als Treuhänder	75
3. Zustandekommen des Treuhandvertrags	77
4. Pflichten aus dem Treuhandvertrag	77
5. Beispiele aus der Rechtsprechung	79
VI. Besondere Vertrauensstellung gegenüber Dritten	80
1. Sachwalterhaftung	80
2. Prospekthaftung	81
§ 6 Beendigung des Mandatsverhältnisses	82
I. Das „natürliche“ Mandatsende	82
II. Außerordentliche Beendigung	83
1. Widerruf	84
2. Kündigung	84
3. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	88
4. Tod	89
III. Wirkungen des Mandatsendes	90
1. Nachvertragliche Pflichten aus dem Anwaltsvertrag	90
2. Pflichten infolge Fortwirkens der Vollmacht	91

§ 7 Vertragsähnliche und außervertragliche Haftung des Rechtsanwalts (ohne Delikt)	92
I. Berufshaftung	92
II. Vor- und nachvertragliche Haftung	93
III. Haftung aus gesetzlichen Schuldverhältnissen	94
IV. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	95
V. Haftung aus ungerechtfertigter Bereicherung	96
§ 8 Deliktische Haftung des Rechtsanwalts	96
I. Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB	96
1. Unberechtigte Vollstreckungsmaßnahmen	97
2. Unberechtigte Prozess- oder Verfahrenseinleitung	98
3. Unterlassungs- und Widerrufsansprüche	100
4. Gewerbliche Schutzrechte	101
II. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB	102
1. Straf- und Verfahrensnormen als Schutzgesetze	102
2. Berufsregeln als Schutzgesetze	105
III. Haftung aus § 826 BGB	105
IV. Sonstige deliktische Anspruchsgrundlagen	107
1. Haftung aus § 824 BGB	107
2. Haftung aus § 831 BGB	108
V. Deliktische Haftung und Innenausgleich bei gemeinschaftlicher Berufsausübung	108
1. Haftung innerhalb einer Sozietät	108
2. Haftung innerhalb einer Partnerschaftsgesellschaft	109
3. Haftung innerhalb einer Rechtsanwaltsgesellschaft (GmbH oder AG)	109
2. Teil. Anwaltspflichten	111
§ 9 Allgemeines	111
§ 10 Aufklärung, Ermittlung und Sicherung des Sachverhalts	114
I. Informationspflicht des Mandanten	114
II. Aufklärungspflicht des Rechtsanwalts	115
1. Inhalt und Umfang der Aufklärungspflicht im Allgemeinen	115
2. Inhalt und Umfang der Aufklärungspflicht im Einzelnen	116
3. Grenzen der anwaltlichen Aufklärungspflicht	119
4. Beispiele aus der Rechtsprechung	121
III. Pflicht zur Feststellung und Sicherung des Sachverhalts	124
IV. Pflicht zu eigenen Ermittlungen und Nachforschungen	125
1. Grundsätzlich keine eigene Ermittlungs- und Nachforschungspflicht	125
2. Ausnahmen	125
§ 11 Prüfung der Rechtslage	128
I. Allgemeines	128
II. Gesetzeskenntnis	130
1. Allgemeines	130
2. Gesetzesänderungen	131
3. Verfassungswidrige Normen	133
4. Deutsches, europäisches und ausländisches Recht	134
5. Stellungnahme	136
III. Kenntnis der Rechtsprechung	136
1. Höchststrichterliche Rechtsprechung	136
2. Rechtsprechung anderer Gerichte	143
3. Stellungnahme	145
IV. Kenntnis des Schrifttums	148
V. Sonstige Kenntnisse	151
VI. Zusammenfassung/Checkliste	153
§ 12 Beratung und Belehrung des Mandanten	153
I. Zielsetzung und allgemeine Umschreibung des Pflichtenumfangs	153
II. Präzisierung von Umfang und Grenzen	155

1. Umfassendes oder beschränktes Mandat	155
2. Außerrechtliche Umstände	155
3. Belehrungsbedürftigkeit des Mandanten	156
4. Intensität	158
III. Einzelne Pflichten	159
1. Pflicht zur Aufklärung über das Prozess- und Verfahrensrisiko	159
2. Pflicht zur Aufklärung über das Kostenrisiko	165
3. Pflicht zur Aufklärung über Vorteile bei der Rechtsverfolgung	169
4. Pflichten bei Abschluss eines Vergleichs	171
5. Pflichten bei außergerichtlicher Beratung und Rechtsgestaltung	177
6. Pflicht zur Aufklärung über eigene Fehler und zur Beseitigung derselben	181
§ 13 Grundsatz des sichersten Weges	181
I. Allgemeine Umschreibung	181
1. Inhalt	181
2. Einschränkungen	182
3. Beispiele des „sichersten Weges“ aus der Rechtsprechung	185
II. Pflicht zur Verhütung von Fehlern des Gerichts	189
1. Entstehung und Inhalt der „Fehlverhütungspflicht“	189
2. Beispiele aus der Rechtsprechung	190
3. Stellungnahme	193
§ 14 Pflicht zur Mandatsbearbeitung und Weisungsgebundenheit des Rechtsanwalts	194
I. Pflicht zur Mandatsbearbeitung	194
1. Bearbeitungspflicht	194
2. Angemessene Bearbeitungszeit	195
II. Weisungsrecht des Mandanten	195
1. Pflicht zur Beachtung von Weisungen des Mandanten	195
2. Pflicht zur Unterrichtung des Mandanten	196
3. Ausübung des Weisungsrechts	196
4. Belehrung des Mandanten über die Folgen seiner Weisung	197
III. Ausnahmen von der Weisungsgebundenheit	198
1. Pflicht zur Ablehnung der Weisung	198
2. Pflicht zum Abweichen von der Weisung	200
§ 15 Sonstige Pflichten	202
I. Allgemeines und Überblick	202
II. Verschwiegenheitspflicht (§ 43a Abs. 2 BRAO; § 2 BORA; Ziff. 2.3. CCBE)	202
III. Sachlichkeitsgebot (§ 43a Abs. 3 BRAO; Ziff. 2.2., 4.3., 5.1. CCBE)	204
IV. Interessenkonflikte (§ 43a Abs. 4 BRAO; § 3 BORA; Ziff. 3.2. CCBE)	204
V. Mandanten- und Fremdgelder (§ 43a Abs. 5 BRAO; § 4 BORA; Ziff. 3.8. CCBE)	205
VI. Fortbildungspflicht (§ 43a Abs. 6 BRAO; § 43c Abs. 4 BRAO; § 15 FAO)	207
VII. Pflicht zur Führung und Aufbewahrung von Handakten (§ 50 BRAO)	207
1. Anlegung von Handakten (§ 50 Abs. 1 BRAO)	207
2. Aufbewahrung von Handakten (§ 50 Abs. 1 Satz 2, 3 BRAO)	208
3. Herausgabe und Zurückbehaltung der Handakten (§ 50 Abs. 2, 3 BRAO; § 17 BORA)	209
4. Folgen eines Verstoßes	210
VIII. Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung (§§ 51, 59j BRAO; Ziff. 3.9. CCBE)	210
IX. Verkehrssicherungspflicht	211
3. Teil. Weitere Haftungsvoraussetzungen	213
§ 16 Rechtswidrigkeit	213
I. Rechtswidrigkeit als Pflichtwidrigkeit	213
II. Ausschluss der Rechtswidrigkeit	213
§ 17 Verschulden	214
I. Allgemeines	214
II. Objektiver Fahrlässigkeitsmaßstab	214

1. Inhalt und Rechtfertigung	214
2. Bestimmung des Maßstabs	215
3. Zusammenfassung und Folgerungen	216
III. Konkretisierungen des Sorgfaltsmaßstabs	217
1. Berufsspezifische Sorgfalt	217
2. Mandatsspezifische Sorgfalt	220
3. Situationsspezifische Sorgfalt	220
IV. Entschuldbarkeit des Rechtsirrtums	222
1. Übereinstimmende Entscheidung eines Kollegialgerichts	222
2. Gerichtlich veranlasster oder aufrechterhaltener Rechtsirrtum	223
§ 18 Eigenverschulden und zurechenbares Fremdverschulden	225
I. Allgemeines	225
II. Abgrenzung von der Aufgabenübertragung	225
III. Typische Fälle von Mehrpersonenbeteiligung bei der Mandaterledigung	226
1. Mandatsbearbeitung innerhalb beruflicher Zusammenschlüsse	226
2. Haupt- und Unterbevollmächtigter	227
3. Prozessanwalt und Verkehrsanwalt	228
4. Nacheinander und nebeneinander tätige Rechtsanwälte	230
5. Deutsche und ausländische Anwälte	231
6. Angestellter Anwalt und freier Mitarbeiter (§ 26 BORA)	232
7. Bestellter Vertreter und Abwickler (§§ 53–55 BRAO)	232
8. Büropersonal und sonstige Angestellte (§ 28 BORA)	233
9. Rechtsanwalt als Erfüllungsgehilfe eines Nichtanwalts	234
§ 19 Kausalität und Zurechnung	234
I. Allgemeines	234
II. Kausal- und Zurechnungszusammenhang	235
1. Bedingungs-zusammenhang – äquivalente Kausalität	235
2. Zurechnungs-zusammenhang – Adäquanz und Schutzzweck	236
3. Kausalität und Zurechnung bei Unterlassungen	239
4. Psychisch vermittelte Kausalität	240
5. Kumulative Kausalität	241
6. Hypothetische Kausalität	242
7. Rechtmäßiges Alternativverhalten	242
III. Zurechnung bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen	245
1. Zusammentreffen von Anwaltsfehlern und späteren Maßnahmen des Mandanten	245
2. Zusammentreffen von Fehlern des Anwalts und Fehlern seines Büros	246
3. Zusammentreffen von Fehlern mehrerer Anwälte	247
4. Zusammentreffen von Fehlern des Anwalts und anderen Beratern	247
5. Zusammentreffen von Anwaltsfehlern und Fehlern bei der gerichtlichen Sachbearbeitung	248
6. Zusammentreffen von Anwaltsfehlern und Fehlentscheidungen des Gerichts	248
§ 20 Schaden	252
I. Allgemeines	252
1. Differenzhypothese	252
2. Zeitpunkt der Differenzrechnung	253
3. Normative Kontrolle	254
4. Anderweitige Ausgleichsmöglichkeit	254
II. Einzelfragen bei der Anwaltshaftung	255
1. Schaden bei fehlerhafter Führung eines Gerichtsverfahrens	255
2. Schaden bei fehlerhafter Führung eines Verwaltungsverfahrens	263
3. Aufwendungen	263
4. Vergütungsforderung des eigenen Anwalts	264
5. Vereitelte Zeitvorteile	264
6. Vermögenslosigkeit des Mandanten	265
7. Vermögenslosigkeit des Gegners	265

8. Vorteilsausgleich	266
9. Anspruchsübergang auf Rechtsschutzversicherer	267
10. Inhalt des Schadensersatzanspruches	268
11. Sonderfälle	269
III. Schadensteilung bei Mitverschulden des Mandanten	271
4. Teil. Haftungsschranken	275
§ 21 Allgemeines	275
I. Überblick	275
II. Motive, Entwicklungen und Tendenzen	275
§ 22 Gesellschaftsvertragliche Haftungsbegrenzung	277
I. Allgemeines	277
II. Haftungskonzentration auf eine Anwalts-GmbH	278
1. Die „Rechtsanwaltsgesellschaft“ (Anwalts-GmbH)	278
2. Die Anwalts-GmbH als Unternehmergeellschaft	279
III. Haftungskonzentration auf eine Anwalts-AG	280
IV. Haftungskonzentration auf die Partnerschaftsgesellschaft und den handelnden Partner	280
1. Allgemeines	280
2. Haftungskonzentration für berufliche Fehler	281
3. Befassung mit der Mandatsbearbeitung	281
4. Bearbeitungsbeiträge von untergeordneter Bedeutung	282
5. „Umwandlung“ bestehender Gesellschaften	283
6. Rechtsfolge der Haftungskonzentration	283
V. Haftungskonzentration auf die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	284
1. Allgemeines	284
2. Voraussetzung der Haftungskonzentration	284
3. Haftungskonzentration für Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung ..	285
4. Rechtsfolge der Haftungskonzentration	285
5. „Umwandlung“ bestehender Gesellschaften	286
6. Eigenhaftung der Partner	287
VI. Haftungskonzentration auf ausländische Gesellschaftsformen	288
§ 23 Rechtsgeschäftliche Haftungsbegrenzung	290
I. Allgemeines	290
1. Geltungsbereich	290
2. Anwendung auf Berufsausübungsgesellschaften, § 52 Abs. 1 S. 2 BRAO	291
II. Haftungsbeschränkung durch Vereinbarung im Einzelfall, § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BRAO	292
1. Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung	292
2. Umfang der Haftungsbeschränkung	295
3. Rechtsfolgen zulässiger Haftungsbeschränkung	297
4. Rechtsfolgen unwirksamer Vereinbarungen	298
III. Haftungsbeschränkung durch vorformulierte Vertragsbedingung, § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BRAO	298
1. Vereinbarkeit mit der Verbraucherschutz-Richtlinie (RL 93/13/EWG) ...	298
2. Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung	299
3. Umfang der Haftungsbeschränkung	300
4. Rechtsfolgen zulässiger Haftungsbeschränkung	303
5. Rechtsfolgen unzulässiger Haftungsbeschränkung	303
IV. Haftungskonzentration auf die Sozietät und den handelnden Sozius, § 52 Abs. 2 S. 2 BRAO	303
1. Voraussetzungen der Haftungskonzentration	303
2. Umfang der Haftungskonzentration	306
3. Rechtsfolgen zulässiger Haftungskonzentration	308
4. Rechtsfolgen unzulässiger Haftungskonzentration	308

§ 24 Verjährung von Ersatzansprüchen	308
I. Rechtsgrundlagen	308
II. Beginn der Verjährung	309
1. Entstehung des Anspruchs	309
2. Kenntnis	311
3. Grob fahrlässige Unkenntnis	312
III. Höchstfristen	312
IV. Hemmung, Neubeginn, Verkürzung der Verjährung, Rechtsmissbrauch	313
5. Teil. Beweisfragen	315
§ 25 Beweislast und Beweiserleichterungen	315
I. Allgemeine Grundsätze	315
II. Einzelfragen	317
1. Bestehen und Inhalt des Anwaltsvertrages	317
2. Pflichtverletzung	318
3. Rechtswidrigkeit	320
4. Verschulden	321
5. Kausalität	321
6. Schaden	326
7. Mitverschulden	327
8. Aufrechnung	327
9. Haftungsbegrenzung	327
10. Verjährung	327
6. Teil. Rechtsverfolgung, Versicherung	329
§ 26 Schadensregulierung, Schlichtung, Klage	329
I. Allgemeines	329
II. Vermittlung durch den Vorstand der Rechtsanwaltskammer	329
III. Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft	330
1. Zuständigkeit	330
2. Organisation	331
3. Verfahren	331
IV. Schadensersatzklage	332
1. Zuständigkeit	332
2. Klage	333
3. Streitverkündung	334
4. Verteidigungsmöglichkeiten des Rechtsanwalts	334
5. Beweiserhebung	335
6. Urteil	335
7. Gütliche Streitbeilegung	335
§ 27 Berufshaftpflichtversicherung	336
I. Allgemeines	336
II. Umfang des Versicherungsschutzes	337
1. Gegenständlich	337
2. Persönlich	338
3. Tätigkeitsbezogen	339
4. Örtlich	340
5. Zeitlich	340
6. Betragsmäßig	340
III. Leistung des Versicherers	341
IV. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	342
1. Vorvertragliche Anzeigepflicht	342
2. Gefahrerhöhung	342
3. Anzeige des Versicherungsfalls	343
4. Abwendung und Minderung des Schadens	343
V. Obliegenheiten des Geschädigten	344
VI. Gestörtes Versicherungsverhältnis	344

VII. Rückgriff	345
1. Gegen Dritte	345
2. Gegen Mitversicherte	345
 7. Teil. Typische Haftpflichtfälle	 347
§ 28 ABC typischer Haftpflichtfälle	347
Vorbemerkung	347
 Sachverzeichnis	 405